



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 28. Mai 2015

70. Jahrgang/Nr. 121

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

DFB – raus aus der FIFA!

Der Fußball braucht einen neuen Weltverband, findet Jirka Grahl

Die FIFA muss weg, Ersatz muss her. Wer daran noch Zweifel hat, ist entweder Zyniker oder Realitätsverweigerer. Allein wie der so erfolgreiche Fußballweltverband, ein gemeinnütziger Schweizer Verein mit 2,1 Milliarden Dollar Jahresumsatz, am Mittwoch auf Festnahmen und staatsanwaltliche Ermittlungen reagierte, lässt keine andere Schlussfolgerung zu. FIFA-Exekutivkomitee-Mitglieder in Untersuchungshaft, ein USA-Strafbefehl gegen FIFA-Vizepräsident Jeffrey Webb, Schweizer Ermittlungen wegen Betrugs bei der WM-Vergabe 2018 und 2022 – die FIFA indes macht einfach weiter: Der Kongress und die Wahl des Präsidenten, die der 79-jährige Joseph Blatter aller Voraussicht nach erneut gewinnen wird, sollen wie geplant stattfinden. Die FIFA sei selbst »die Geschädigte« verkündete ihr Sprecher.

»Ein trauriger Tag für den Fußball«, so lautete das dünne Statement, das vom Blatter-Gegenkandidaten Prinz Ali bin Al Hussein zu vernehmen war. Ein trauriger Tag für die FIFA, nicht für den Fußball, auch wenn die Schizophrenie eines Theo Zwanziger erschüttern kann: Der einstige DFB-Boss, der lange Jahre in der FIFA-Exekutive saß, konstatierte jüngst, die FIFA sei »ein großer Sumpf«, in dem sich »zu viele bedienen« könnten. Sein Nachfolger Wolfgang Niersbach hat in diesen Tagen die Chance zu handeln: Ist es wirklich undenkbar für einen starken, gut vernetzten Verband wie den DFB, aus der FIFA auszutreten? Was wäre, wenn der Weltmeister das Spiel nicht mehr mitspielte?

UNTEN LINKS

Nein, die Menschen werden einfach nicht klüger. Wie sonst wäre zu erklären, dass die FDP gerade wieder auf Phoenix macht und sich die Asche abzustreifen beginnt. Sieben Prozent, das hat die Partei das letzte Mal vor genau fünf Jahren erlebt. Danach setzte sie ihren Sinkflug fort – und flog aus dem Bundestag. Dann kam die offenbar unvermeidliche Absetzbewegung beim Spitzenpersonal: Daniel Bahr entfleuchte zur Allianz, Philipp Rösler zum Weltwirtschaftsforum – und Rainer Brüderle fand seine eigentliche, wenn auch späte Bestimmung beim Steuerzahlerbund. Nur Christian Lindner, der zeitig genug den Absprung geschafft hatte, gilt nicht als Mitschuldiger am FDP-Desaster – und also jetzt als Hoffnungsträger. Mit einem Hauch Magenta, taffen Frauen und coolen Sprüchen werbelt er emsig an der Wiederauferstehung. Und dank der Wählervergesslichkeit könnte er damit sogar Erfolg haben. 2017, wenn die Kanzlerin von Sigmar Gabriel die Nase endgültig voll hat. oer

Unruhe im FIFA-Clan

Funktionäre des Fußballweltverbands festgenommen / »Don« Blatter thront weiter



Foto: imago; Szene aus »Der Pate«, Paramount Pictures, USA (1972)

Berlin. Ein Kuss auf die Hand des »Paten«, und der Gefallen wird gewährt. Hier einen kleinen Deal abschließen, dort einen Gegner aus dem Weg räumen. Kein Problem bei der Mafia – und bei der FIFA. Der Fußballweltverband gleicht seit Jahrzehnten eher einem weltweit agierenden Clan als dem nach Schweizer Recht gemeinnützigen Verein, der er offiziell ist. Doch kurz vor dem an diesem Donnerstag beginnenden 65. FIFA-Kongress in Zürich schlagen plötzlich die »Unbestechlichen« zu.

Schweizer Beamte nahmen sieben FIFA-Funktionäre fest, darunter zwei Vizepräsidenten. Sie sollen an die USA ausgeliefert werden,

wo sie der Annahme von Schmiergeld in Millionenhöhe, Geldwäsche und Korruption beschuldigt werden. Zudem untersuchen Schweizer Behörden Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang der WM-Vergaben an Russland für das Turnier 2018 und Katar 2022.

FIFA-Präsident Joseph »Don« Blatter war nicht unter den Verdächtigen, obwohl ohne sein Wissen wohl kaum auch nur ein Dollar in der Milliardenmaschine FIFA verschwindet. Der Schweizer will sich am Freitag in seine fünfte Amtszeit wählen lassen. Von diesem Plan lässt er sich auch nicht vom FBI oder dem Schweizer Bundesamt für Justiz abbringen. Er

stehe schließlich nicht unter Verdacht und die Schweizer Ermittlungen seien von der FIFA selbst in Gang gesetzt worden, ließ er am Mittwoch von seinem Sprecher mitteilen.

Blatter erwartet – offenbar nicht zu Unrecht –, dass er auch dieses Beben überstehen wird, so wie viele zuvor. Auch weil er ehemalige Gefährten eiskalt fallenlässt, wenn es eng wird. Dieses Schicksal droht nun den Vizepräsidenten Eugenio Figueredo und Jeffrey Webb. Die hätten sich besser an Al Capone orientiert, denn im Gegensatz zu Korruptionsvorwürfen liefert die Schweiz bei Steuerdelikten nicht an die USA aus. nd Seite 19

Krisenkurs hat Griechen »Rückgrat gebrochen«

Außenminister Kotzias beklagt Folgen der Troikapolitik / ESM-Chef fordert Fortführung der Kürzungen

Es ist die irre Logik der Krisenpolitik der Gläubiger: Es wird die Fortsetzung eines Kurses gefordert, von dem bekannt ist, welche Opfer dieser in Griechenland gefordert hat.

Von Vincent Körner

Berlin. Der Chef des Euro-Rettungsschirms ESM, Klaus Regling, hat von Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras gefordert, nicht zu verspielen, was die Gläubiger als Reformfolge ansehen. Ansonsten könnten die »Opfer der Griechen alle umsonst gewesen sein«, sagte Regling der »Bild«. Er behauptete, Griechenland sei »als Folge schmerzlicher Reformen« bis Ende 2014 »auf einem guten Weg« gewesen. So seien Erzeugnisse billiger geworden, neue Jobs seien entstanden, und Investoren hätten wieder griechische Staatsanleihen gekauft. Tsipras »sollte diesen erfolgreichen Reformkurs fortsetzen«, erklärte Regling.

Implizit wirft Regling damit der SYRIZA-geführten Regierung vor, für die gegenwärtige Lage von Wirtschaft und Sozialstaat in Griechenland verantwortlich zu sein. So richtig es ist, dass sich einige ökonomische Parameter verbessert haben, so richtig bleibt, dass auch die Vorgängerregierung nichts gegen die verheerenden Folgen der Kürzungsdiktate hatte tun können. Sowohl das Haushaltsdefizit als auch die Schuldenquote waren 2014 höher ausgefallen, als es die Gläubiger erwartet hatten. Von den sozialen Folgen ganz zu schweigen.

Während Regling die dafür verantwortliche und von den Gläubigern verlangte Politik lobte, beklagte der griechische Außenminister Nikos Kotzias die Folgen der Wirtschaftskrise in seinem Land. »Die Maschine, der Apparat, die Antriebskraft, die uns aus der Krise bringen können, ist der Mensch. Und diesem Menschen haben wir das Rückgrat gebrochen«, sagte

Kotzias dem »Kölner Stadt-Anzeiger«. Den Griechen »fehlt jeder Optimismus, jede Perspektive – sie träumen nicht mehr. Das ist unsere größte Niederlage.«

»Wir sind ihnen drei Viertel des Weges entgegengekommen, jetzt müssen sie uns ein Viertel entgegenkommen.«

Yanis Varoufakis

Die Gläubiger von Europäischer Union und Internationalem Währungsfonds fordern von der seit Januar amtierenden Athener Regierung im Gegenzug für die Freigabe der bisher blockierten letzten Tranche über 7,2 Milliarden Euro aus einem laufenden Kreditprogramm umfassende Maßnahmen. Die Gläubiger po-

chen auf Bedingungen, die SYRIZA nicht erfüllen will. Tatsächlich hat die Regierung in Athen immer mehr Zugeständnisse gemacht.

Griechenlands Finanzminister Yanis Varoufakis sieht deshalb den Internationalen Währungsfonds am Zug. »Es ist höchste Zeit, dass die Institutionen, allen voran der IWF, die Kurve kriegen und sich mit uns einigen«, sagte er im Sender CNN. »Wir sind ihnen schon drei Viertel des Weges entgegengekommen, jetzt müssen sie uns ein Viertel entgegenkommen.«

Die Zeit wird derweil knapp: Griechenland muss im Juni in vier Raten knapp 1,6 Milliarden Euro an den Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückzahlen, die erste Rate wird am 5. Juni fällig. Bisher hat Griechenland alle Rückzahlungen der wegen der Krise erhaltenen Kredite pünktlich erfüllt – während die Gläubiger seit August 2014 kein Geld mehr aus dem laufenden Kreditprogramm überwiesen haben. Mit Agenturen

EU streitet über Verteilung von Flüchtlingen

UN-Generalsekretär Ban fordert Mitgliedsstaaten zu Solidarität auf

Brüssel. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat die Pläne der EU-Kommission zur Umverteilung von 40 000 Flüchtlingen auf möglichst viele EU-Staaten begrüßt. Das Vorhaben sei »ein Schritt in die richtige Richtung«, sagte Ban am Mittwoch nach einem Treffen mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Brüssel. Er rief die Mitgliedsstaaten auf, »Mitgefühl« und »Verantwortung« in der Flüchtlingsfrage zu zeigen, äußerte sich aber nicht dazu, dass die EU nur einen geringen Beitrag bei der weiteren Aufnahme von Flüchtlingen leisten will.

Die Kommission plant, 24 000 Menschen aus Italien und 16 000 aus Griechenland nach Quoten auf andere EU-Staaten zu verteilen. Das Vorhaben stößt bei einer Reihe von Mitgliedsstaaten auf Ablehnung. Ausnahmsweise bleibt Deutschland, das nach dem Vorschlag aus Brüssel mit knapp 22 Prozent und damit 8763 Personen die meisten Flüchtlinge aufnehmen soll, hier gelassen. Menschenrechtler bezweifeln dagegen, dass die Quote sich praktisch umsetzen lässt. Der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günter Burkhardt, nannte den Vorschlag der EU-Kommission »zu kurz gedacht«, weil die Interessen der Flüchtlinge nicht berücksichtigt würden.

Ob die Kommissionspläne Wirklichkeit werden, ist offen. Sie müssten mit qualifizierter Mehrheit durch die Mitgliedsstaaten angenommen werden. Gänzlich freiwillig bleibt dagegen die Aufnahme von Flüchtlingen von außerhalb der EU, die die Kommission in weitaus geringerer Zahl vorschlägt. Die EU-Staaten sollten in den kommenden beiden Jahren 20 000 Menschen beherbergen, die sich derzeit etwa in Flüchtlingslagern rund um Syrien befinden. Agenturen/nd

Ehe wird ein bisschen geöffnet

Gesetzentwurf beinhaltet nur wenig mehr Rechte für homosexuelle Paare

Berlin. Die schwarz-rote Bundesregierung will im Wortlaut zahlreicher Gesetze die Vorgaben für Eheleute auch auf Lebensgemeinschaften schwuler und lesbischer Paare ausdehnen. Das Kabinett stimmte dazu am Mittwoch in Berlin einem Gesetzentwurf des SPD-geführten Justizministeriums zu. Neben parteiübergreifender Kritik, diese Pläne gingen nicht weit genug, meldete sich auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes deutlich zu Wort: »Was die Bundesregierung heute auf den Weg gebracht hat, ist unzureichend – und für viele Menschen in Deutschland eine riesige Enttäuschung.«

»In Ländern wie Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal, Schweden oder zuletzt Irland ist die Öffnung der Ehe Realität«, sagte die Antidiskriminierungsbeauftragte der Bundesregierung, Christine Lüders. »Schwule und Lesben dürfen bei uns nicht das Gefühl haben, im europäischen Vergleich Menschen zweiter Klasse zu sein.« Den Kritikern von Schwarz-Rot geht es vor allem um das volle Adoptionsrecht für homosexuelle Paare.

Bei der katholischen Kirche stieß die Öffnung der Ehe dagegen auf Ablehnung. Der Vatikan nannte das Gesetz in Irland eine »Niederlage für die Menschheit«. dpa/nd Seite 4

Heute auf Seite 10
Gesund leben

Die »Hüfte von Zimmer vier« ist mehr als ein kranker Körperteil. Der ganze Mensch will Heilung.

